

Lebenswelt Schule

Ein gemeinsames Programm
der Deutschen Kinder-
und Jugendstiftung und
der Jacobs Foundation

Foto: Corbis



Konzept

Stand 31.03.2008



**Vernetzung lokaler Akteure und Ressourcen
für die individuelle Förderung von Kindern**

Das Programm in Kürze

Das Ziel von „Lebenswelt Schule“ ist die bestmögliche individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen im Alter von 3 bis 15 Jahren, insbesondere beim Übergang von der vorschulischen Bildung in die Grundschule sowie von der Grundschule in weiterführende Schulen. Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützt das Programm den Aufbau lokaler Verantwortungnetzwerke, an denen sich Schulen, Kindertageseinrichtungen, Jugendhilfe, Kommunalverwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft beteiligen. Diese Akteure entwickeln auf der Grundlage einer Analyse der lokalen Bedingungen einen Handlungsplan und steuern seine Umsetzung.

Das Programm wird in vier Modellkommunen in Deutschland von 2008 bis 2010 umgesetzt. Diese Kommunen sind:

- Bad Bramstedt, Schleswig-Holstein
- Bernburg / Salzlandkreis, Sachsen-Anhalt
- Weinheim, Baden-Württemberg
- Weiterstadt, Hessen.

In diesen Kommunen sollen die Strukturen nachhaltig so verändert werden, dass alle Kinder und Jugendlichen der jeweiligen Altersgruppe optimal unterstützt werden. Die Modellkommunen stehen in der Verantwortung, die lokal angestoßenen Veränderungen des Bildungssystems langfristig zu sichern – z.B. durch besseres Ausnutzen von Ressourcen und Umschichten der öffentlichen Haushalte.

Die Akteure vor Ort werden durch eine professionelle Prozessbegleitung, Qualifizierung, Vernetzungstreffen, die übergreifende Programmsteuerung und Öffentlichkeitsarbeit der DKJS und eine formative externe Evaluation unterstützt.

Ausgangslage

Nicht nur Schulen oder Elternhäuser, die gesamte Gesellschaft trägt die Verantwortung dafür, dass Kinder gut und gesund aufwachsen und in optimaler Weise gefördert werden, so dass sie ihr Potenzial voll entfalten können.

In der Praxis fehlen jedoch häufig Konzepte, wie eine solche gemeinsame Verantwortung wesentlicher Akteure aussehen und ganz konkret in die Tat umgesetzt werden könnte; eine systematische Koordination von Bildungseinrichtungen und anderen Akteuren, die für das Aufwachsen von Kindern wichtig sind oder sein könnten, ist eher die Ausnahme als die Regel. Dieses jeweils separate Handeln wird besonders an Übergängen zwischen einzelnen Institutionen des Bildungssystems deutlich. Dieser Mangel an Koordination ist deswegen besonders problematisch, weil der Bildungssektor in allen Bundesländern in Deutschland noch immer vor immensen Herausforderungen steht, wie der DKJS in zahlreichen Gesprächen mit Ministerpräsidenten und Bildungsministern bestätigt wurde:

- Die Quote der Schulmisserfolgsbiographien ist nach wie vor erschreckend hoch. Je nach Definition gelingt es 10 bis 20 % Schülern eines jeden Jahrgangs nicht, ihre Schullaufbahn erfolgreich zu beenden.
- Eine wachsende Zahl von Schülern an Schulen in Deutschland spricht eine andere Muttersprache als deutsch. Es gibt noch immer einen erheblichen Bedarf, bessere Konzepte zu entwickeln, um mit dieser Vielfalt in konstruktiver Weise umzugehen.
- In einer Reihe von Ländern wird intensiv nach integrierten Schulformen gesucht, die sowohl Bildungs- als auch Betreuungsaufgaben übernehmen.
- Es wächst die Übereinstimmung, dass der frühen Bildung im Elementarbereich (von 0 bis 6 Jahren) ein größeres Augenmerk und Gewicht zukommen und dass sich die Qualität der Elementarbildung weiter verbessern muss. Ebenso wird ein Bedarf gesehen, das Übergangsmanagement von der Elementarbildung in die Grundschule sowie von der Grundschule in weiterführende Schulen weiter zu verbessern.
- Entsprechend der Ergebnisse von Bundes- und Landesmodellversuchen zur Schulreform gibt es einen wachsenden Bedarf, verlässliche Unterstützungsstrukturen für Schulen aufzubauen, um sie besser in die Lage zu versetzen, die anstehenden Reformerfordernisse auch wirklich umzusetzen. Dieser Bedarf ist auch eine Folge des Trends zu größerer inhaltlicher und organisatorischer Eigenverantwortlichkeit der Schulen.

Die verbesserte Vernetzung und Bündelung von Ressourcen und Akteuren auf lokaler Ebene ist eine entscheidende Voraussetzung, um den genannten Herausforderungen zu begegnen. Solche lokalen Netzwerke werden in der aktuellen Diskussion u. a. mit Begriffen wie „Bildungslandschaften“, „Bildungsregionen“ oder „Bildungsnetzwerken“ beschrieben. Auch wenn die verschiedenen Begriffe teils unterschiedliche Schwerpunkte in den Mittelpunkt stellen, ist ihnen doch ein zentraler Paradigmenwechsel gemeinsam, der beschrieben werden kann als der Wechsel vom Denken in geteilten Zuständigkeiten zum Handeln in gemeinsamer Verantwortung. Diesem Paradigmenwechsel fühlen sich auch die Initiatoren des Programms „Lebenswelt Schule“ verpflichtet.

Philosophie

Für die Initiatoren des Programms „Lebenswelt Schule“ ist Vernetzung in Bildungslandschaften kein Selbstzweck, sondern eine Voraussetzung für die verbesserte individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen.

Vier Grundprinzipien sind charakteristisch für die Philosophie des Programms:

- **Verantwortung statt Zuständigkeit:** Das Programm unterstützt diesen Perspektivenwechsel durch den Aufbau lokaler Verantwortungnetzwerke unter dem Dach der Kommunen.
- **Bottom-up:** Ausgangspunkt der lokalen Planungen sind Analysen des lokalen Bedarfs und der Ressourcen vor Ort. Kinder, Jugendliche und ihre Familien werden systematisch an der Entwicklung beteiligt.
- **Die Biographie begleitende Perspektive:** Im Sinne lebenslangen Lernens wird die Biographie der Lernenden zur übergreifenden Perspektive. Vor dem Hintergrund dieser Perspektive müssen insbesondere Bildungsübergänge reflektiert und neu gestaltet werden.
- **Schule im Zentrum:** Die Schule hat als der Ort, an dem alle Kinder und Jugendlichen lernen sollen, eine zentrale Rolle in den Verantwortungnetzwerken. Schulen kooperieren auf gleicher Augenhöhe mit ihren Partnern, zum Beispiel Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Jugendhilfe, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.

Übergreifende Ziele

Die **übergreifenden Ziele** des Programms beziehen sich auf vier verschiedene Ebenen:

- 1. Kinder und Jugendliche:** Alle Kinder und Jugendlichen der jeweils gewählten Altersgruppe in den ausgewählten Regionen werden – unabhängig von ihrem sozialen, kulturellen, ethnischen und Bildungshintergrund – so gefördert, wie es ihren Potenzialen entspricht. Gemäß dem Grundsatz, dass kein Kind verloren gehen soll, wird ein Beitrag geleistet zur deutlichen und erkennbaren Verringerung der Zahl der Misserfolgsbiographien; Kinder und Jugendliche erleben, dass ihre Wünsche und Bedürfnisse respektiert werden und sie selbst einen wichtigen Beitrag in ihrem unmittelbaren Umfeld leisten können. Die Akteure in den Regionen formulieren dazu konkrete und nachprüfbar Ziele.
- 2. Die erwachsenen Begleiter:** Die erwachsenen Begleiter am Ort werden mobilisiert und übernehmen – entsprechend ihrer Rollen und Möglichkeiten – gemeinsam die größtmögliche Verantwortung für die Bildungsqualität in ihrer Region. Sie entwickeln und nutzen Strukturen gemeinsamen, abgestimmten Handelns.
- 3. Die Modellkommunen:** Die Modellkommunen haben ein vielfältiges, anspruchsvolles und koordiniertes Bildungs- und Betreuungsangebot für alle Kinder und sind deswegen attraktive Orte für Kinder, Jugendliche und Familien. Rahmenbedingungen sind so gesetzt, dass das Engagement einer großen Vielzahl von Personen und Institutionen zum Wohle von Kindern und Jugendlichen angeregt und honoriert wird. Es entsteht so eine Anerkennungskultur, von der neben den Kindern und Jugendlichen auch die Mitarbeiter der Bildungseinrichtungen profitieren. Die öffentliche Verwaltung übernimmt eine Führungsrolle bei der Koordination der verschiedenen Angebote.
- 4. Das Bildungssystem im größeren Rahmen:** Die im Rahmen des Programms entwickelten Ansätze koordinierten Handelns für die individuelle Förderung von Kindern werden in der bundesweiten Diskussion als erfolgreiche und nachzuahmende Modelle für lokale Bildungslandschaften wahrgenommen und sind damit ein wichtiger Beitrag zur Reform des Bildungssystems.

Programmdesign, Teil I: Die kommunale Ebene

1. Warum Modellkommunen?

Kooperationspartner sind vier Kommunen in Deutschland, deren oberste Repräsentanten sich zur Beteiligung am Programm Lebenswelt Schule bekannt haben. Die Entscheidung für die kommunale Steuerungsebene als zentralem Kooperationspartner der Stiftungen im Programm fiel aus mehreren Gründen:

- Kommunen spielen eine wichtige Rolle im Bildungssystem: Auf kommunaler Ebene liegen zentrale, wenn auch nicht alle Zuständigkeiten im Bildungsbereich: Jugendhilfe und Jugendarbeit, Elementarbildung, äußere Schulangelegenheiten, ggf. Schulträgerschaft. Viele Kommunen haben die hohe Bedeutung eines attraktiven Bildungsangebots als Standortfaktor verstanden und setzen Ressourcen dafür ein.
- Auf kommunaler Ebene liegen weitere Zuständigkeiten jenseits des Bildungsbereichs im engeren Sinne, die hinsichtlich der Gestaltung der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen erhebliche Relevanz haben, so zum Beispiel Stadt- und Regionalentwicklung, Raumplanung, Sozialplanung. Von allen Entscheidungsebenen im föderalen Staat Bundesrepublik sind Kommunen am nächsten am Sozialraum von Kindern und Jugendlichen.
- Auf der anderen Seite sind Kommunen als Teil der föderalen Strukturen mit spezifischen Verantwortungsbereichen stärkere Partner als es einzelne Bildungseinrichtungen oder lokale zivilgesellschaftliche Organisationen wären. Ansatz des Programms ist ja gerade eine Koordination verschiedener Akteure; für diese Rolle bieten Kommunen ideale Voraussetzungen.
- Kommunen nehmen so eine wichtige Position ein zwischen der operativen Ebene in den Bildungseinrichtungen und kleinen NGOs auf der einen Seite und den weiteren politischen Entscheidungsträgern auf Länder- und Bundesebene. Wenn Kommunen gemeinsam mit den lokalen Akteuren ein kommunales Bildungskonzept entwickeln, stärkt sie das in ihrer Rolle als vertikale Vermittler: Sie können dann leichter Vorgaben von Bund und Ländern auf die lokalen Verhältnisse anwenden, indem sie sie mit der lokalen Planung verknüpfen. Auf der anderen Seite hilft ein abgestimmtes kommunales Bildungskonzept dabei, die lokalen Interessen klarer gegenüber Bund und Ländern vertreten.
- Mit der Bezeichnung „Modellkommunen“ wird der innovative Charakter der Arbeit unterstrichen; es soll modellhafte gute Praxis entwickelt werden, die das Potenzial hat, auch in anderen Regionen übertragbar zu sein.

2. Auswahl der Modellkommunen

Die Auswahl der vier Modellkommunen erfolgte im Spätsommer 2007 nach einer bundesweiten Ausschreibung, die über das Netzwerk der Serviceagenturen und Regionalpartner der DKJS, über die Kommunen, die sich an der Weinheimer Initiative beteiligen, und über das Quadriga-Projekt der Jacobs Foundation verbreitet wurde. Um die Chance zu erhöhen, modellhaftes Praxiswissen aus den Erfahrungen des Programms generieren zu können, wurden die Modellkommunen aufgrund folgender zentraler Kriterien ausgewählt:

- Übereinstimmung mit der Zielsetzung und der Philosophie des Programms „Lebenswelt Schule“;

- Unterstützung des Anliegens durch hohe kommunale Entscheidungsträger (z.B. Bürgermeister, Landräte);
- Beteiligung wesentlicher Akteure aus dem Bildungsbereich sowie von Zivilgesellschaft und Wirtschaft;
- Klarheit über den lokalen Bedarf und lokale Zielsetzung.

3. Finanzielle Förderung für Maßnahmen in den Modellkommunen

Die Modellkommunen erhalten eine finanzielle Förderung von je 100.000 Euro, verteilt auf drei Jahre. Diese Förderung hat den Charakter einer Anschubfinanzierung für lokal definierte Vorhaben; die Förderung soll einen Prozess der gemeinsamen, abgestimmten Zieldefinition und -klärung befördern, der die Grundlage für die Auswahl lokaler Projekte darstellt. Die Kopplung der Förderung an diesen Prozess soll die Grundlage dafür schaffen, dass sowohl die lokal definierten Projekte als auch die Koordinationsstrukturen über die Dauer des Modellvorhabens hinaus Bestand haben. Die Förderung wird degressiv gewährt und sinkt im dritten Programmjahr deutlich ab. Insgesamt stehen die Kommunen in der Verantwortung, durch Haushaltsumschichtungen dafür Sorge zu tragen, dass die angestoßenen Innovationen nach Ende der Stiftungsförderung lokal weiter geführt werden können. Die Förderung wird zusätzlich zu den anderen Unterstützungsleistungen des Programms (Prozessbegleitung, Qualifizierung und Vernetzung) gewährt.

4. Strukturen und Prozesse in den Kommunen

Seitens des Programms wird keine spezifische Form kommunaler Strukturen oder Projekte präferiert; wesentlich ist die Passung der lokalen Lösungen zum lokalen Bedarf.

Das Programmkonzept sieht jedoch einige übergreifende Strukturen und Prozesse vor, die je nach lokalen Bedingungen ausgestaltet und umgesetzt werden können:

- **Kommunale Steuerungsstruktur und Verankerung:** Es gibt dazu viele mögliche Formen; wesentlich ist aber, dass das Programm an kommunalen Strukturen angesiedelt ist und es eine klare Steuerungsstruktur gibt.
- **Ermittlung der Ausgangslage:** Die lokale Planung soll auf einer Analyse und Reflexion des lokalen Bedarfs und der lokalen Ressourcen aufbauen. In diese Analyse soll auch die Sicht der Kinder und Jugendlichen einfließen.
- **Einbeziehung der an Bildungsübergängen beteiligten Institutionen von Anfang an:** Wenn auf kommunaler Ebene besonderer Bedarf besteht, einen bestimmten Übergang (z.B. von der Grundschule in die weiterführenden Schulen) zu verbessern, sollen die entsprechenden Einrichtungen (im Beispiel die beiden Schulformen) von Anfang an an der Planung und Gestaltung beteiligt werden.
- **Zielformulierung und Entwicklung eines Handlungskonzepts:** Die lokalen Ziele sollen dabei die übergreifende Vision beschreiben, aber auch nachprüfbar Ziele enthalten, die beschreiben, wie sich die Situation von Kindern und Jugendlichen konkret verändert haben soll.
- **Selbstevaluation** (s.u.)
- **Aktive Beteiligung** von Kindern, Jugendlichen, Eltern, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

5. Unterstützung der lokalen Prozesse durch Prozessbegleiter/innen

Ein zentrales Unterstützungsinstrument, das die beiden Stiftungen den Kommunen zur Verfügung stellen, ist neben der finanziellen Förderung die professionelle Prozessbegleitung über den gesamten Zeitraum der Projektumsetzung. Die Prozessbegleiter/innen werden von der DKJS beauftragt, die Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Die Prozessbegleiter haben selbst keine steuernde Rolle, können aber durch Strukturierung sehr zur Qualitätssteigerung des Prozesses beitragen.

Die Aufgaben der Prozessbegleiter/innen sind im Einzelnen:

- **Beratung beim Aufbau der lokalen Strukturen**
Je nach lokalem Entwicklungsstand beraten die Prozessbegleiter/innen die Kommunen beim Aufbau funktionsfähiger Vernetzungsstrukturen, beispielsweise einer Steuergruppe und Arbeitsgruppen. Sie unterstützen den Kommunikationsfluss zwischen den Ebenen.
- **Unterstützung der Planungs- und Evaluationsprozesse**
Die Prozessbegleiter/innen unterstützen die lokalen Akteure bei der Präzisierung und Ausformulierung des lokalen Handlungskonzepts, indem sie Planungsworkshops moderieren und dabei helfen, die lokalen Ziele konkret und nachprüfbar zu formulieren. Die Prozessbegleiter sind dabei behilflich, ein lokales Selbstevaluationskonzept zu entwickeln. Sie moderieren Planungs- und Evaluationsworkshops.
- **Dokumentation**
Die Prozessbegleiter/innen erarbeiten mit den lokalen Akteuren gemeinsam eine Dokumentation wichtiger Prozessschritte und helfen so dabei mit, das lokale Modellwissen zu dokumentieren und für einen Transfer aufzubereiten.

Das genaue Profil der jeweiligen Prozessbegleitung wird unter Berücksichtigung des spezifischen lokalen Bedarfs entwickelt.

Programmdesign, Teil II: „Lebenswelt Schule“ auf überregionaler Ebene

6. Vernetzung und Qualifizierung auf Bundesebene

Wesentliche Programmbestandteile sind die Vernetzung der vier Modellkommunen und ihre Qualifizierung. Durch die Vernetzung sollen die lokalen Akteure die Möglichkeit erhalten, von den Erfahrungen der anderen Modellkommunen zu lernen und übergreifende Fragen zu diskutieren. Wann immer möglich, sollen auch andere Initiativen zum Aufbau lokaler Bildungslandschaften und weitere Kommunen in den Austausch einbezogen werden. Die Netzwerktreffen sind gleichzeitig eine gute Gelegenheit für die Qualifizierung hinsichtlich zentraler übergreifender Fragestellungen.

Die Vernetzung mit anderen bundesweiten Initiativen zum Thema des Programms wird systematisch und regelmäßig gesucht, um so einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen:

- Die DKJS beteiligt sich an der Initiative „Lernen vor Ort“ des BMBF und der Stiftung Polytechnische Gesellschaft.
- Die DKJS stellt Verbindungen her zwischen den Modellkommunen und den Serviceangeboten des Programms „Ideen für mehr! Ganztägig lernen“. So wird das Programm bei Netzwerktreffen der 14 Serviceagenturen vertreten sein; die Modellkommunen nutzen Angebote der Werkstätten zur Weiterqualifizierung.
- Die DKJS ist über ihre regionalen Partner in mehreren Bundesländern (aktuell Sachsen, Thüringen und Schleswig-Holstein) aktiv in die Gestaltung von Landesprogrammen zum Aufbau lokaler Bildungslandschaften beteiligt. Erfahrungen aus „Lebenswelt Schule“ fließen hier in die Planung ein.
- Es besteht zudem enger Kontakt zur Weinheimer Initiative, nicht zuletzt über den Standort Weinheim.
- Die DKJS steht in einem Erfahrungsaustausch mit der Bertelsmann-Stiftung.

7. Kommunikation

Der angestrebte Erfolg des Programms bemisst sich nicht nur in einer gelungenen Umsetzung des Konzepts auf lokaler Ebene, sondern auch in seiner Außenwirkung als ein bundesweit anerkanntes Programm, das andere zur Nachahmung anregt und Impulse liefert für die Weiterentwicklung und Diskussion des Ansatzes integrierter kommunaler Bildungsplanung. Auch auf lokaler Ebene erfordert der erfolgreiche Aufbau kommunaler Bildungslandschaften eine aktive Beteiligung und Unterstützung durch verschiedene Akteure, die über Zielsetzungen, Konzept und die konkrete Umsetzung des Programms vor Ort informiert werden müssen. Die Kommunikationsstrategie ist in diesem Sinne ein zentrales Programmelement, das ganz wesentlich zum Erfolg des Programms beiträgt.

Ziele des Kommunikationskonzepts sind daher:

- die Sicherung der Unterstützung des Programms durch wesentliche Akteure;
- die Erhöhung der nachhaltigen Wirkung des Programms;
- Verbesserung der Chancen für Transfer.

Um diese Ziele zu erreichen, werden folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Programmauftakt auf dem bundesweiten Ganztagsschulkongress im Sept. 2007 in Berlin.
- Internet-Auftritt und professionell gestaltete Materialien (Dokumentation des Auftakts, Flyer).

- Das Programm und die ausgewählten Kommunen wurden auf dem viel beachteten Portal des Ganztagschulprogramms ausführlich porträtiert. (Das Portal verzeichnet 40.000 Besuche pro Tag.)
- Aktive lokale und überregionale Pressearbeit.
- Unterstützung der Kommunen bei der Gestaltung ihrer Öffentlichkeitsarbeit durch die DKJS.
- Beiträge in Fachzeitschriften.
- Präsenz bei öffentlichen Veranstaltungen in Bund und Ländern.

Im weiteren Verlauf des Programms sollen weitere Instrumente entwickelt werden, um Ergebnisse in ansprechender Form zu kommunizieren (z.B. in Form von Filmen).

8. Evaluation

Das Evaluationskonzept des Programms „Lebenswelt Schule“ hat zwei Bestandteile: die von den lokalen Akteuren verantwortete Selbstevaluation und die formative externe Evaluation.

Selbstevaluation

Auf lokaler Ebene wird von den Akteuren ein Selbstevaluationsansatz entwickelt und umgesetzt. Es geht dabei um die Überprüfung der selbst definierten Ziele und Indikatoren für das Erreichen der erwünschten Entwicklungen, sowohl im Bezug auf die Zielgruppe (Kinder und Jugendliche), als auch auf die Kooperationsbeziehungen und die Struktur der Bildungslandschaft.

Externe Evaluation

Die externe Evaluation unterzieht das Programm insgesamt einer kritischen Reflexion: Die Umsetzung des Konzepts auf lokaler Ebene, der konzeptionelle Ansatz des Programms, die Qualifizierung und Vernetzung auf nationaler Ebene und die Programmsteuerung durch die DKJS. Die Rückmeldungen der externen Evaluation beziehen sich auf all diese Ebenen. Die externe Evaluation ist formativ angelegt, das heißt, dass die Zwischenberichte (in Lang- und Kurzfassung) und mündlichen Rückmeldungen im Prozess zur Verfügung stehen und bei der Weiterentwicklung des Programms genutzt werden können.

9. Programmbeirat

Der Beirat bietet einen Diskussionsraum, in dem über die Implikationen der im Programm gemachten Erfahrungen für bildungspolitische Entscheidungen und zivilgesellschaftliche Initiativen nachgedacht werden kann und soll. Die Mitglieder des Beirats beraten die beiden beteiligten Stiftungen bei der strategischen Ausrichtung von „Lebenswelt Schule“ durch kritische Reflexion und konstruktive Vorschläge für die Weiterentwicklung des Programms. Sie bringen ihre fachliche Expertise in eine Diskussion ein, die verschiedene Aspekte des Programms umfasst: Von der lokalen Themensetzung und den praktischen Erfahrungen beim Aufbau lokaler Bildungslandschaften bis hin zu Fragen der Kommunikation der Ergebnisse in der Öffentlichkeit und im politischen Raum; der Beirat berät die Stiftungen auch hinsichtlich des Evaluationskonzepts.

Kurz-, mittel- und langfristige Ergebnisse

Die gemeinsame Planung und Umsetzung des lokalen Programms führt im Laufe des Prozesses zu verschiedenen Ergebnissen. Konkret sind folgende kurz-, mittel- und langfristigen Ergebnisse zu erwarten:

Kurzfristige Ergebnisse (6 Monate ab Start des Programms):

- Die ausgewählten Regionen haben – bezogen auf das gewählte Thema und die Aufgabenstellung – eine funktionierende Infrastruktur – (z.B. Exekutivgruppe, Steuerungsgruppe, Netzwerktreffen und Moderator). Die Strukturen der Zusammenarbeit sind entwickelt und allen Beteiligten klar.
- In den Regionen liegen Situationsanalysen vor, in denen die vorhandenen Informationen über die Lebensbedingungen der Kinder in der Region zusammen gefasst sind. Sie liefern außerdem einen Überblick über bestehende Ressourcen, Bedarfe, Potenziale und Defizite in der Region.
- Die lokalen Akteure haben sich auf ein oder wenige spezifische Themen geeinigt, die sie gemeinsam bearbeiten möchten.
- Es gibt in allen Regionen definierte Aktions- und Kostenpläne, in denen die übergreifende Vision, die spezifischen und messbaren Ziele der gemeinsamen Arbeit, konkrete Projekte, die Erfolgsindikatoren und das notwendige Budget beschrieben sind.
- Aus den Handlungsplänen wird der spezifische Beitrag der lokalen Akteure für das gemeinsame Vorhaben ersichtlich.
- Vor Ort wird ein Selbstevaluationsansatz entwickelt und in ersten Schritten umgesetzt, in dem die Beobachtung individueller Kinder eine zentrale Rolle spielt.
- Einige der lokalen Projekte sind angelaufen.

Mittelfristige Ergebnisse (18 Monate ab Start des Programms):

- Die Bildungslandschaften haben konkrete Gestalt angenommen. Die Netzwerkstrukturen sind etabliert und die lokal definierten Projekte laufen. Es gibt erste strukturelle Veränderungen (z.B. Bildungsbüro.)
- Die verschiedenen Akteure vor Ort – insbesondere die Kommunalverwaltung, Eltern, Schulen, Kitas, Jugendeinrichtungen, Vereine, Kirchen, Betriebe – kooperieren professionsübergreifend und nutzen in zunehmendem Maße die fachliche Expertise anderer.
- Erste Ergebnisse zur Zielerreichung sind vor Ort erhoben; es gibt aktuelle Daten über die geänderte Situation von Kindern. Die Beteiligten in den lokalen Netzwerken wissen nach einer Zwischenauswertung, ob sie sich den selbst gesetzten Zielen nähern und haben – falls notwendig – nachgesteuert.
- In relevanten Bereichen gibt es interessante und übertragbare Arbeitsansätze – z.B. zur Vermeidung von Misserfolgsbiographien, zur Integration verschiedener Kinder und Jugendlicher, zur effektiven institutionenübergreifenden Koordination.
- Weiterbildungsbedarfe der beteiligten Mitarbeiter sind bekannt; es werden Konzepte für entsprechende Qualifizierungsangebote entwickelt und umgesetzt.
- Die kommunalen Budgets für Bildung wurden überprüft, und mit einer Umschichtung von Ressourcen zugunsten von Kindern wurde begonnen. Es ist erkennbar, wie kommunale Strukturen vor Ort weiter entwickelt werden; die Kommunikationskultur innerhalb der Verwaltung hat sich spürbar verändert.

- Durch Netzwerkarbeit und gezielte Qualifizierungsmaßnahmen auf überregionaler Ebene sind weitere Ideen entstanden, wie die Bedürfnisse der Kinder in den Regionen noch besser berücksichtigt werden können.
- Die ersten Zwischenergebnisse der externen Evaluation liegen vor und werden bei der Strategieentwicklung auf überregionaler Ebene berücksichtigt.
- Es gibt eine funktionierende Kooperation mit anderen Kommunen, in denen lokale Bildungslandschaften entwickelt werden. Wo möglich, entsteht ein intensiver Austausch innerhalb desselben Bundeslandes.

Längerfristige Ergebnisse (30 Monate ab Start des Programms und danach):

- Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund sowie Kindern aus sog. bildungsfernen Elternhäusern, die erfolgreich und gern zur Schule gehen, hat sich um eine vorher definierte Zielgröße erhöht. Die Schulabbrecher- und Sitzenbleiberquote hat sich verringert.
- Es gibt neue Verfahren, mit denen lokal Wissen erhoben und weiter gegeben wird über die spezifische Situation einzelner Kinder; dieses Wissen fließt systematisch ein in das professionelle Handeln verschiedener Einrichtungen.
- Die veränderten Strukturen innerhalb der Bildungslandschaften beginnen sich zu versteigen. Es gibt deutliche und nachprüfbar strukturelle Veränderungen in der Kommunalverwaltung und in den Strukturen des Bildungswesens; es werden Konzepte zum Aufbau einer ‚Anerkennungskultur‘ entwickelt.
- Die gemachten Erfahrungen des lokalen Netzwerks fließen in die kommunale Bildungsplanung in nachvollziehbarer Weise ein, beispielsweise in Form eines lokalen Konzepts für die individuelle Förderung von Kindern.
- Die lokalen Netzwerke entwickeln eine Nachhaltigkeitsstrategie für die durchgeführten Projekte sowie für ihr eigenes Netzwerk.
- Weitere Ergebnisse der lokalen Selbstevaluation sowie der externen Evaluation liegen vor; auf dieser Grundlage werden auf lokaler und überregionaler Ebene Entscheidungen über die Weiterführung der angefangenen Arbeit gefällt.
- Die beteiligten Partner – einschließlich der initiiierenden Stiftungen – kennen Modelle, wie Verantwortungsgemeinschaften zugunsten erfolgreicher Biographien von Kindern gegründet und gestaltet werden können. Die eingesetzten Instrumente sind bekannt und werden so aufbereitet, dass andere davon lernen können.
- Das Programm ist ein bundesweit bekanntes Beispiel für den Aufbau lokaler Bildungslandschaften.

Kontakt:

Deutsche Kinder und Jugendstiftung (DKJS)
 Lebenswelt Schule
 Peter Bleckmann (Programmleiter)
 Tempelhofer Ufer 11
 10963 Berlin
 Tel.: (030) 25 76 76 40
 Fax: (030) 25 76 76 10
 EMail: info@lebensweltschule.net
www.lebensweltschule.net